



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920**

423 (20.9.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-193427](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-193427)

# Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgebung monatl. einchl. Fr. 1.70 für Mitglieder u. Einzelabnehmer. ...

## Badiſche Neuſte Nachrichten

Einzelnenpreis: 1 Blatt. ...

### Die Krise im Reichsfinanzministerium.

Berlin, 20. Septbr. (Von unserem Berliner Büro.) Ueber den Ausgang der im Reichsfinanzministerium plötzlich ausgebrochenen Krise läßt sich augenblicklich noch nichts sagen. Jedenfalls wird man sich, wie wir zu wissen glauben, im Kabinett und innerhalb der in der Regierungskoalition zusammengeschlossenen Parteien alle Mühe geben, um Herrn Dr. Wirth im Amte zu behalten. ...

An einem Sturz der Regierung oder auch an Veränderungen im Kabinett sollte im gegenwärtigen Augenblick eigentlich niemand ein Interesse haben und so bleibt immer noch zu hoffen, daß der Schaden für diesmal wieder repariert wird.

Um die Oktobermitte, nach dem Parteitag der Sozialdemokratie, kann das Bild freilich ein völlig anderes sein.

Nach einem Berliner Telegramm der „Köln. Volksztg.“ gehen die Rücktrittsabsichten des Reichsfinanzministers darauf zurück, daß er sich außerstande sieht, Einnahmen und Ausgaben des Etats miteinander in Einklang zu bringen. ...

Berlin, 20. September. (Von unserem Berliner Büro.) Wie wir von zuständiger Seite erfahren, wird der Reichspräsident voraussichtlich morgen Vormittag von seinem Erholungsaufenthalt in Freudenstadt nach Berlin zurückkehren.

### Rücktritt Heinke?

Berlin, 20. September. (Von unserem Berliner Büro.) Die „B. Z.“ verzeichnet ein Gerücht, wonach auch der Vizekanzler Dr. Heinke zurücktreten und Gesandter in Bukarest werden soll, während der Vizekanzlerposten in Herrn Dr. Scholz zufiele. ...

### Gespenschererei.

Berlin, 20. September. (Von unserem Berliner Büro.) An zuständiger Stelle ist man der Ansicht, daß die aus Bayern einlaufenden Nachrichten über eine bevorstehende Gegenrevolution mit dem Ziele der Errichtung einer bayerischen Monarchie auf Gespenschererei beruhen. ...

München, 20. Sept. (Priv. Tel.) Die Versammlung der Bayerischen Königspartei in Bamberg ist abermals eingetreten. ...

### Die Magdeburger Zeitung.

Berlin, 20. Sept. (Von unserem Berliner Büro.) In einer Mitteilung an ihre Leser erklärt die „Magdeburgerische Zeitung“ in der gestrigen Sonntagsnummer, daß die Hoffnung auf die Einigkeit des nationalen und liberalen Bürgertums, aus der heraus im November 1918 sie sich der demokratischen Partei zur Verfügung stellte, sie getrogen hätte und daraus die Konsequenzen zöge. ...

### Oberschlesien.

#### Fürst Hatzfeld bleibt.

Berlin, 20. Septbr. (Von unserem Berliner Büro.) Eine Korrespondenz hatte die Meldung von der bevorstehenden Verabschiedung des Fürsten Hatzfeld von seinem ober-schlesischen Posten bezeichnet. ...

und es besteht für die Regierungsstellen alle Veranlassung, seine geschätzte Kraft auch weiterhin für die deutsche Sache zu erhalten.

Breslau, 20. Septbr. Hier fand am 18. September der erste Verbandstag der Vereine heimattreuer Oberschlesier statt. Die Tagung, auf der hauptsächlich Organisations- und Abstimmungsfragen behandelt wurden, war von etwa einhundert Vertretern aller Abstammungsberechtigten aus dem Reich und Oberschlesien besucht. ...

### Der Krieg im Osten.

Warschau, 20. Sept. (W. B.) Im polnischen Generalstabbericht vom 19. heißt es: Die Polen haben bei der Verfolgung des Feindes nach schweren Kämpfen die Orte Husiatyn, Trembowla, Oleſow, Tarnopol und Brody genommen. ...

### Der angebliche Vertrag zwischen Frankreich und Ungarn.

Budapest, 20. Sept. (W. B.) Das ungarische Korrespondenzbüro teilt amtlich mit: Das Sensationsblatt eines nach Wien geschickten Sowjetjournalisten „3. Embler“ veröffentlicht in Nr. vom 19. September den Text eines Geheimvertrages, der angeblich bei Goedebloer zwischen Frankreich und Ungarn zustande gekommen sein soll. ...

Unsere auswärtigen Leser die für das nächste Vierteljahr des Mannheimer General-Anzeiger bei der Post noch nicht bestellt haben, bitten wir, dies umgehend längstens bis zum 20. ds. Mts. bewirken zu wollen, damit in der regelmäßigen Zusendung keine Unterbrechung eintritt. S267

### Die Bewegung in Irland.

London, 20. Sept. (W. B.) Nach einer Reutersmeldung ist der Bürgermeister von Cork zwar sehr schwach, aber noch bei Bewußtsein. ...

Dublin, 20. Sept. (W. B.) In Abbeyfeola (Grafschaft Dimerick) wurde eine Polizeipatrouille überfallen. Ein Polizist wurde getötet und zwei verletzt. ...

### Die revolutionäre Bewegung in Italien.

Paris, 20. Septbr. (W. B.) Das Echo de Paris meldet aus Brescia, daß die Kaserne der Karabinieri von der Roten Garde gestürmt worden ist. ...

### Der Bolschewismus in Amerika.

Amsterdam, 20. Sept. (W. B.) Nach einer Blättermeldung aus London wird in Amerika eine Razzia nach Extremisten abgehalten. ...

Paris, 20. Sept. (W. B.) Wie das Journal aus Remport meldet, gibt der verhaftete russische Journalist Berkeski zu, in der Walfstreet gewesen zu sein, aber erst eine Stunde nach der Explosion. ...

### Die Brüsseler Finanzkonferenz.

Berlin, 20. September. (Von unserem Berliner Büro.) Die Zahl der deutschen Journalisten, die an der Brüsseler Finanzkonferenz teilnehmen werden, unterliegt diesmal keiner Beschränkung. ...

### Falsche Weichenstellung.

Dieser Aufsatz stammt aus der Feder eines Mannes, der von 1900—1918 in Dorpat, St. Petersburg und Riga als Redakteur deutscher Zeitungen gewirkt hat und also wohl berechtigt ist, über russische Verhältnisse mitzuspoken. ...

Die „Enthüllungen“ Dittmanns über das heutige bolschewistische Rußland, die ja im Grunde nur lange schon Bekanntes bestätigen, haben in erfreulicher Weise dazu beigetragen, vorhängnisvollen Illusionen ein Ende zu bereiten. ...

Heute glaubt außer wenigen Verrannten wohl kaum jemand mehr bei uns, daß der russische Bolschewismus eine besonders frühe Frucht am Baume des europäischen Sozialismus ist und daß er „enorm aufbauende Arbeit“ leistet. ...

Man sollte meinen, daß jetzt, wo diese Erkenntnis vom wahren Wesen des russischen Bolschewismus auch in unseren radikalsten Kreisen dämmert, auch für die Regierung der rechte Augenblick gekommen wäre, ihre Haltung gegenüber Rußland einer neuen sorgfältigen Prüfung zu unterziehen. ...

Man sollte meinen, daß jetzt, wo diese Erkenntnis vom wahren Wesen des russischen Bolschewismus auch in unseren radikalsten Kreisen dämmert, auch für die Regierung der rechte Augenblick gekommen wäre, ihre Haltung gegenüber Rußland einer neuen sorgfältigen Prüfung zu unterziehen. ...

Die jetzige Politik der Regierung gegenüber dem Bolschewismus läßt sich ja schon durch einige wenige Beispiele aus letzter Zeit grell illustrieren: beflissene Komplimente des Herrn Dr. Simons im Reichstag an die Adresse der Bolschewisten, ständige Betonung des Friedenszustandes mit Sowjetrußland, immer neue Zulassung ganzer Bolschewistenwärme nach Deutschland, Freilassung des ungarischen Nordbuben Bela Kun nach Rußland, der dort just einer der Hauptführer der „Weltrevolution“ ist, vor allem die unangefochtene Reibildierung des Bolschewikenhäuptlings Wiktor Kopp als Ambassador in Berlin, der in aller Ruhe unter den Linden eine Zentralfür die Weltrevolution, besonders die Unterminierung Deutschlands etablieren darf. ...

Wird diese Politik noch lange fortgeführt werden? Kann sie auch nur irgend etwas als verdeckte Schwäche und völlige Unfähigkeit über den heutigen Tag hinauszuenden zu ihrer Rechtfertigung anführen? ...

Schließlich gibt es aber doch nur zwei Möglichkeiten. Entweder bleibt Rußland bolschewistisch oder es kommt zum Sturz der jetzigen Despotie und zur Macht gelangen andere Kreise, die — sei es wer es sei — jedenfalls ausgesprochen antibolschewistisch sein werden. ...

Rehmen wir den ersten Fall. Wenn es auch den Bolschewiken gelangt sich damit ihrer straffen Organisation und ihrem blutigen Terror dauernd an der Macht zu erhalten, so hat ein Pattieren mit ihnen gar keinen Sinn. ...

Rehmen wir den zweiten Fall. Wenn es auch den Bolschewiken gelangt sich damit ihrer straffen Organisation und ihrem blutigen Terror dauernd an der Macht zu erhalten, so hat ein Pattieren mit ihnen gar keinen Sinn. ...

Verprechen somit freundschaftliche Beziehungen zu den russischen Bolschewiken keinerlei positives Resultat, sondern nur eine weitere Vergiftung der inneren Atmosphäre Deutschlands, so können sie sich noch besonders schwer rächen, wenn über kurz oder lang der zweite ins Auge gefasste Fall eintritt, wenn es zum Sturz der Bolschewiken kommt.

Man darf nicht außer Acht lassen, daß eben alle irgendwie politisch-machgebenden Kreise Rußlands, sei es daß sie als Emigranten im Ausland oder im Verborgenen in Rußland selbst wirken, eine einzige geschlossene Front gegen die Bolschewiken bilden, die sie als eine Verbrecherbande empfinden, von der Rußland geläubert werden muß. In dieser Aufgabe sind sich die zaristischen Rechten und die sozialdemokratischen „Menschiniki“ einig, der ehemalige kaiserliche Außenminister Sokolow mit dem ehemaligen sozialrevolutionären Terroristen Starikow. Diese immer größer werdende Einigkeit findet ihren äußeren Ausdruck darin, daß während Kollitch und Denikin von den Linken als „Reaktionäre“ bekämpft wurden, die jetzige Hoffnung Rußlands, der junge General Peter Wrangel, in seinem Lager das ganze antibolschewistische Rußland vereint, nicht zum wenigsten dank seinem geschickten Sammlungsprogramm, das die Frage der zukünftigen Staatsform offen läßt, nur ihren demokratisch-liberalen Charakter betont, und den Bauern den dauernden Besitz der von ihnen erarbeiteten Ländereien zulagt. Wenn aber erst die Bauern die Gewißheit haben, daß die antibolschewistische Bewegung ihnen das Land nicht wieder fortnimmt, so das einzige Band zerrissen, das sie mit dem Bolschewismus verbindet und sie zur Stütze desselben macht. Dann sind die Tage der Bolschewikenherrschaft gezählt.

Wir wissen nicht, ob es General Wrangel gelingen wird die Bolschewiken zu stürzen oder ihr Sturz sich aus anderem Anlaß vollziehen wird — eins ist aber gewiß: wenn es soweit ist, wird eine elementare Umrechnung mit allem Bolschewikentum kommen und ebenso wie die Sympathie des Volkes sich allen einheimischen und auswärtigen „Reitern“ zuwenden wird, wird gewandt geschürter Hof alle „Helfershelfer“ der Bolschewiken treffen.

Seht nun Deutschlands jetzige kurzfristige Politik es nicht der Gefahr aus, in den Augen des antibolschewistischen Rußland als Helfershelfer der Bolschewiken zu stehen und damit gute Beziehungen zum künftigen Rußland unmöglich erscheinen zu lassen? Deutschland ist in dieser Hinsicht schon fast belastet: weiß doch jeder Russe, daß Deutschland es war, das Lenin und Genossen nach Rußland geschickt hat und daß es mit Trojky und Joffe am Brester Verhandlungstisch gesessen hat. Damals glaubte Deutschland aus Selbsterhaltungstrieb so handeln zu müssen — welche Gründe rechtfertigen aber das heutige Kollidieren am Regierungstisch mit dem Bolschewismus? Ist man sich denn wirklich nicht klar darüber, welche Wirkung — z. B. jedes Wort des Lobes gegenüber dem Bolschewismus auf das ganze antibolschewistische, d. h. das künftige Rußland haben muß? Namentlich, wenn jedes unbedachte Wort von Deutschlands Feinden noch die unterstrichen wird.

Demgegenüber vorgegenwärtig man sich die konsequente Politik der Entente, die ganz auf ein künftiges Rußland eingestell ist. Daß Frankreich hierbei auf ein Wiedererstehen des alten imperialistischen Zarenreiches hofft, England aber eine pazifistische Agrarrepublik lieber wäre, kommt hierbei weniger in Betracht. Daß Lloyd George in opportunistischer Taktik um Englands asiatischer Interessen willen Bolschewikenhauptlinge nach London zu „Verhandlungen“ anbietet, fällt auch nicht aus diesem Bilde: sagt er jemals dem Bolschewismus Komplimente und betont er nicht vielmehr immer wieder, daß er nur „im Interesse des russischen Volkes“ um die Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen bemüht ist? Und fangt er nicht die Unterhändler immer wieder so ab, daß jeder ihrer Gegner jubelt? Gleichzeitig setzt er aber auch aufs andere Pferd: er läßt es zu, daß Frankreich im Moment höchsten bolschewistischen Triumphes General Wrangel anerkennt, ein diplomatisches Reiterstück, das im künftigen Rußland unvergessen bleiben und neben Frankreich auch seinem Ententegegner zugute kommen wird.

Rum gibt es ja auch bei uns weite Kreise, die die heutige bolschewikendefreundliche Regierungspolitik scharf verurteilen und mit Recht verlangen, daß Deutschland nicht mit dem heutigen, sondern nur mit dem kommenden Rußland rechnen dürfe. Sie sind aber hierbei der Ansicht, daß die Umwertung dieses antibolschewistischen Rußland in aus gesprochenem Gegensatz zur Entente zu geschehen habe, und geben sich der sicheren Hoffnung auf ein Zusammengehen, ja ein Bündnis, mit diesem kommenden Rußland gegen die Entente hin. Das neue Rußland werde in ausgesprochenem Gegensatz zur Entente stehen und Deutschland gern helfen den Frieden von Versailles umzusetzen.

Rum sind ja tatsächlich gewisse Momente für einen Wettbewerb mit der Entente um die Gunst Rußlands vorhanden, die eine geschickte deutsche Diplomatie ausnützen könnte: es ist bekannt, daß es unter den einflussreichen russischen Emigranten eine kleine Gruppe gibt, die mehr nach Deutschland, als nach der Entente orientiert ist. Durch sie Beziehungen nach Rußland zu pflegen, anstatt sie vor den Kopf zu stoßen, wäre gewiß eine Aufgabe. Ausschlaggebend dürfte ihr Resultat aber nicht sein.

Darüber gebe man sich keiner Täuschung hin: ein kommendes Rußland, welche Staats- und Lebensformen es auch haben möge, wird nicht als Partner Deutschlands gegen die Entente zu haben sein. Dafür sorgt schon jetzt die weisfichtige Politik der Entente, dafür werden alle die einflussreichen russischen Ententegegner, die dann zurückkehren werden. Ihnen werden die noch immer in bürgerlichen und sozialistischen Kreisen vorherrschenden Sympathien für die Entente entgegenkommen, vor allem aber werden die Gebote praktischer Politik des am seinen Wiederaufbau gehenden Staates gebieterisch vor allem ein Zusammengehen mit der reichen, mächtigen Entente und nicht mit dem armen, ohnmächtigen Deutschland verlangen. Die heute so verbreitete „Ostorientierung“, d. h. die Hoffnung aufs künftige Rußland als Rächer für Versailles, ist nichts als eine verhängnisvolle Illusion, die zudem um so unberechtigter ist, als Rußland auch im günstigsten Fall — dem einer zielbewußten Wiederaufbau-Diktatur — Jahrzehnte brauchen wird, um überhaupt aus dem Chaos zur Ordnung zu kommen.

Das Einzige, was eine reale deutsche Politik erstreben muß und erzielen kann, ist daher nur das Folgende: ohne sich in intimere Beziehungen zu den Bolschewiken einzulassen oder andererseits zu „reaktionären“ russischen Kreisen, muß sie immer wieder deutlich erklären, daß ein kommendes Rußland, das sich von der jetzigen Terroristenherrschaft befreit und sich selbst seine Staatsform wählt — welche es auch sei — stets mit Deutschlands größter Sympathie und Unterstützung beim Wiederaufbau zu rechnen habe. Daß es bei diesem Wiederaufbau nicht an die Hand gedrückt werde, sondern sich an ihm gleichberechtigt mit der Entente beteiligen könne, muß das Hauptziel der deutschen Rußlandpolitik sein. Diese Beteiligung am Wiederaufbau Rußlands, der ohne fremde Hilfe ja unentbehrlich ist, wird Deutschland die Möglichkeit der Beschäftigung von Tausenden heute brachliegender Kräfte geben, reiche Absatzmöglichkeiten für Handel und Industrie

und die Möglichkeit der Ruhbarmachung russischer Naturreichtümer. Dieses Ziel ist aber nie und nimmer gegen die Entente, sondern nur durch ein Zusammengehen mit der Entente in Rußland zu erreichen. Diese Erkenntnis ist bitter, aber leider richtig. Die heute übliche Berückung einer Umstosung des Vertrags von Versailles mit Deutschlands Rußlandpolitik führt in eine Sackgasse.

Die heutige Weichenstellung der deutschen Politik ist falsch: sie führt nicht nach Rußland, sondern in die bolschewistische „Weltzentrale“ und die Jüge von dort werden nach Deutschland nur Propagandaschriften und Filmen für deutsche Bolschewiken bringen; die Weichenstellung darf aber auch nicht eine solche sein, daß die deutschen Jüge ins kommende Rußland mit denen der Entente zusammenprallen; die Schienenstränge müssen parallel laufen.

Rum dann wird der Wiederaufbau eines neuen Rußland für Deutschland reichen Gewinn bedeuten — dort beim Wiederaufbau sollen daran deutsche Technik und deutscher Handel, deutscher Fleiß und deutsches Organisations-talent die Entente besiegen. R. Zoepffel.

**Brentano über die Sozialisierung des Bergbaues.**

Der Bericht der Sozialisierungskommission über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues hat in der Presse zu lebhaften Erörterungen Anlaß gegeben. Bei dem allgemeinen Interesse, das der Sozialisierungsfrage entgegengebracht wird, dürfte die Auffassung des bekannten Münchener Nationalökonomischen Aufmerksamkeiten beanspruchen, die er im April d. J. in der Wiener „Neuen Freien Presse“ (Nr. 20 020) veröffentlicht hat. Brentano, bekanntlich einer der eifrigsten Vertreter der Arbeiterinteressen, schrieb u. a.:

Ich habe hier schon einmal über die Sozialisierung geschrieben und dabei bei den engen Schranken verweilt, welche ihrer Durchführung entgegen sind. Was ich seitdem hinzugelernt habe, zeigt mir, daß ich ihre Durchführbarkeit damals noch für weit größer gehalten habe, als sie es tatsächlich ist. Damals dachte ich noch, daß der Sozialisierung im Kohlenbergbau keinerlei Nebenben im Wege stünden. Was ich aus den leider noch immer nicht veröffentlichten Protokollen der Berliner Sozialisierungskommission erfahren habe, zeigt eine von den Betriebsleitern selbst zugegebene so große Rückständigkeit des preussischen Staatsbergbaues und der aus der Kohlenproduktion herausgewachsenen Herrschaft von Kohlenbetrieblern gegenüber den Privatbetrieblern, daß man geradezu einen Stillstand im Fortschritt der Technik befürchten müßte, wollte man die im Privatbesitz noch befindlichen Werke in den Besitz der Gesamtheit überführen. Diese Rückständigkeit wurzelt in erster Linie in der beschränkten Initiative der Betriebsleiter. Sie ist nicht etwa die Folge einer bürokratischen Verwaltung, deren Mängel im sozialistischen Staate verschwinden würden. Unter diesem wird die Bürokratie noch weit umfangreicher sein und sie wird, wenn nicht allzu baldiger Zusammenbruch eintreten soll, noch weit profaster organisiert sein müssen, als im bürokratischen Staate. Es ist anzuschließen, daß man einem Betriebsleiter gestatte, mit den Mitteln der Gesamtheit nach Gutdünken zu schalten, und er wird es weder mögen können, noch wagen, ohne Genehmigung der ihm übergeordneten Instanzen Neuerungen einzuführen, mögen sie ihm noch so zweckmäßig, ja dringend erscheinen. Was aber jede Genehmigung verlangt ist, verheißt aber erfahrungsgemäß Jahre. Der private Betriebsleiter dagegen ist nicht an die Zustimmung übergeordneter Instanzen gebunden und braucht dies auch nicht zu sein. Sein ganzes wirtschaftliches Wohl und Wehe ist mit seinem Betriebe verknüpft; wo eine vorzuziehende Neuerung winkt, wagt er ohne weiteres oft Millionen. Daher ist auch der ganze Fortschritt der deutschen Kohlenproduktion und die Herstellung von Kohlenbetrieblern in den Jahrzehnten vor dem Kriege so außerordentlich blühe gebracht hat, ausschließlich dem im Privatbesitz befindlichen Betriebe zu danken gewesen. Auch läßt sich dieser Grundfehler des öffentlichen Betriebes nicht durch noch so hohe Gehälter, wie Lenin sie neuerdings den Betriebsleitern angeboten haben soll, um die besten Kräfte zu gewinnen, beseitigen; denn auch der bestbezahlte Beamte bleibt immer ein Beamter und als solcher notwendig immer an die Zustimmung höherer Instanzen gebunden. Paß noch mehr hat mich erstaunt, in den Protokollen der Berliner Sozialisierungskommission zu lesen, daß sogar die Leistungen der Arbeiter in den Staatsbetrieben hinter denen in den Privatbetrieben zurückblieben. Es herrscht gleichmäßige Mittelmäßigkeit. Bezeichnend, daß Lenin, um den zurückgegangenen Arbeitseifer der russischen Arbeiter zu heben, die von vielen Sozialisten verworfene Aufforderung wieder eingeführt hat.

**Der Umfang des Einjages der Rothhilfe im Württembergischen Steuerkreis.**

Nachdem die Württembergische Staatsregierung am 26. v. Mts. die drei größten Industriebetriebe des Landes: Holz-Werke Stuttgart, Daimler-Werke Untertrüben und die Maschinenfabrik Heilingen wegen Steuerabzugsverweigerung der Arbeitnehmer hätte schließen lassen und eine am 27. August abgehaltene Vollversammlung der Betriebsräte Groß-Stuttgart die Erklärung des veränderten Generalschreibers beschloffen hatten, wurde die Arbeit auch in lebenswichtigen Betrieben Stuttgart und einer Anzahl anderer Städte Württembergs niedergelegt. Dadurch wurde das Eintreiben der Technischen Rothhilfe in größerem Ausmaße notwendig. Im Einvernehmen mit dem Württembergischen Ministerium des Innern übernahm daher die Rothhilfe in Stuttgart, nachdem sie zunächst bei der Brauerei Wulle zur Hilfe der Verde, in den Daimler-Werken zur Fütterung von etwa 100 Schweinen und im Niesel-Werk Höfer in Cannstatt zum Inangriffnehmen der von der Arbeiterschaft verlassenen Oefen eingesetzt worden war, die stillgelegten Betriebswerke und des Geswerkes. Der Einjah der Rothhilfe verleihe sich hierbei auf die Elektrizitätswerte Poppenweiler und Wintler, die drei Heizkraften in der Postanstalt, in der Städtischen und in Untertrüben, wie endlich auf die Informatorkationen Rübengrün, Löwenort und Katharinenstift, während 143 Rothhelfer allein im Geswerke Gaisburg zum Einjah kamen. Auch die Friedhof-Ber-maltungen des Prag-Friedhofes in Stuttgart, wie des Hof-Friedhofes in Cannstatt haben sich genügt, bei der Technischen Rothhilfe Helfer anzufordern, da die Totenräuber die Verdenbestattung verweigerten. Mitglieder des Vereins Deutscher Revisionsgenossenschaften beteiligten die sachliche Tätigkeit der Rothhilfe und sprachen sich anerkennend über sie aus.

Im württembergischen Lande mußten die Ortsgruppen Heilingen und Göttingen ihre Rothhelfer in den stillgelegten Geswerken in Tätigkeit treten lassen, so daß auch hier die Wasserleitung der Bevölkerung gesichert blieb. Ebenso wurden in Heilbronn, Neckarflum und Reutlingen die Geswerke von der Rothhilfe in Betrieb gehalten. In Heilbronn wurden außerdem Rothhelfer in einer Speisefabrik zur Erhaltung von Speisegelatine im Werte von 120 000 M. verwendet. Der Einjah der Rothhelfer erfolgte ferner in den Gas- und Elektrizitätswerten Betlehem und Werbach. Auch die Ems-Geswerke wurden von der Rothhilfe besetzt, während in Rüttlingen die Arbeiter teilweise zur Aufnahme der Arbeit zurückkehrten, so daß die einseitigen Rothhelfer zum größten Teil wieder zurückgezogen werden konnten.

In Göttingen wurden Rothhelfer auch zum Einladen von Agilenwagen herangezogen. In Inaellingen, Kimmelsau und Debringen mußten die Rothhelfer ebenfalls auch in den lebenswichtigsten Betrieben, im Elektrizitätswerk und Geswerke in Tätigkeit treten. Bezeichnend für die Folgen der Arbeitsverderbungen in wichtigen Betrieben ist die Bestätigung, daß in Heilbronn eine Frau im Krankenhaus erkrankt ist, da sie infolge Verlangens des elektrischen Stromes nicht schlief, wie es hätte geschehen müssen, operiert werden konnte. In Ulm war die Streiksituation einschlägig genug, in den lebenswichtigen Betrieben die Arbeiter vertrieben zu lassen, und in Tübingen war zunächst der Generalschreib abgelehnt worden, bis die Arbeiterschaft zur Arbeitsniederlegung von den rabioten Elementen gezwungen wurde und das Eingreifen der Technischen Rothhilfe im Geswerke notwendig wurde.

**Die Kartoffelverjorgung. Bayern und Arbeitgeberverjoch.**

Zus landwirtschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben:

Am 18. September fanden im Artushof in Heidelberg zwischen Vertretern der Landwirtschaft und der freien, christlichen und kirchlich-Danklichen Gewerkschaften in Heidelberg Unterhandlungen statt betr. hinreichender Zuerfügungstellung von Speisefabrikanten für die Heidelberger Arbeiterbevölkerung. Es wurde eine Wirtschaftliche Heidelberger Arbeitergewerkschaft zwecks unmittelbarer Durchführung dauerlicher Erzeugnisse an die notleidende Stadtbevölkerung errichtet. Es liegt im dringenden Interesse der Sicherstellung unserer Volksernährung, daß ungesunde Preistreiber unterbunden und streng geahndet wird. Es liegt die große Gefahr nahe, daß durch einige unverantwortliche Hänlerkreise der Preis übermäßig stark in die Höhe getrieben wird, zum größten Nachteil sowohl des Verbrauchers als auch des Erzeugers. Sache der Regierung wird es sein, Preisstimmregeln gegen Verschlebung von großen Kartoffelvorräten ins Ausland zu treffen, sowie vorläufig jeglicher Brennerbetrieb zu unterbinden. Bereit werden Klagen laut, daß große Kartoffelkneipen über die Grenze verschoben werden. Dank unserer niederen Volks ist es diesen unverantwortlichen durch die Zwangswirtschaft angezogenen Schieberkreisen möglich, Bucharsteile für Kartoffeln und Obst zu bezahlen und die Lebenshaltung der darbenenden Bevölkerung unermäßig zu gestalten. Videant Coasules! Vorläufig ihr Staatsmänner. Nur die Durchführung der neuen Wirtschaftsentwicklung sich anpassenden Idee, vom Erzeuger zum Verbraucher, kann in unter verletztes Wirtschaftsleben wieder eine Belebung bringen. Möge durch die Errichtung der Wirtschaftsstelle Heidelberger Arbeitergewerkschaften der Anfang in der Durchführung dieser neuen Idee sein!

**Ein Reichsverband der Verbraucher.**

Wiesbaden, 19. Sept. (W. S.) Hier wurde unter Führung des Direktors Abt-Wiesbaden von Vertretern der Konsumvereine, Genossenschaften, Kleinhandel, Handwerker sowie Kleinrentner freies ein Verbraucherband gegründet, der unter Ausschluss aller parteipolitischen und konfessionellen Bindungen alle Kräfte im Kampfe gegen Wucher und die anderen den Preisbau hemmenden Wirkstoffe vereinigen soll. Es wurde aufgefodert, überall in den Bändern am Rhein einen gleichen Zusammenschluß durchzuführen und sich mit der schon über ganz Bayern ausgebreiteten auch die Konsumvereine, Detailisten, Handwerker, Gewerkschaften, Ritterschulvereine, Angestellte und Beamte umfassende Organisation zu einem Reichsverbande zusammenzuschließen, der auch im Reichswirtschaftsrat gebührende Vertretung finden müsse. Material und Musterformulare stellt der Verbraucherband Wiesbaden für Neugründungen bereit.

München, 19. Sept. (Bris.-Tel.) Der Allgemeine Verbraucherband richtet an die Verbraucher die dringende Bitte, die Bewegung nicht durch Absonderungen auf konsumwirtschaftlichem Gebiete weiter zu zersplittern, sondern in allen Fällen der bereits bestehenden Konsumvereine eines Ortes sich zu bedienen und diese durch ihren Beitritt zu unterstützen. Wir geben ersten Wirtschaftsverhältnissen entgegen und jede weitere Zersplitterung oder Absonderung einzelner Gruppen (Werkstattnereit, Handwerker, etc.) schädigt dauernd die unerlässlich nötige Einheitlichkeit der Bewegung. Selbständige Interessen kleinerer Vereinigungen oder gar von Einzelpersonen dürfen nicht dazu führen, das für den nötigen Zentralisierung eine letzten Endes unter allen Umständen schädliche Zersplitterung um sich greift. Eine nützliche Arbeit für die Verbraucher kann jederzeit im Rahmen der bestehenden Verbrauchervereine sowie insbesondere auch des R. V. S. selbst erfolgen.

**Deutsches Reich.**

**Einverleibung von Lippe-Deimold in Preußen?**

Berlin, 20. Sept. (Von unserem Berliner Büro.) Von der „Königlichen Volkszeitung“ war kürzlich die Nachricht gebracht worden, daß die Verhandlungen über die Einverleibung des jetzigen Freistaates Lippe-Deimold in Preußen kurz vor dem Abschluß ständen. Es habe lediglich im Frühjahr Besprechungen mit Vippischen Vertretern stattgefunden und zwar auf Veranlassung Lippe-Deimold selbst. Seitdem ist über die Angelegenheit nichts weiteres bekannt geworden und die preussischen Stellen nehmen an, daß sie fallen gelassen worden ist. Jedenfalls wird von Preußen aus keine Initiative in dieser Frage ergriffen werden.

**Baden.**

**Informationsreise des Ministers des Innern.**

St. Karlsruhe, 20. Sept. (Bris.-Tel.) In der Zeit vom 15. bis 18. September unternahm der Minister des Innern Kemmler in Begleitung des Ministerialrats Hördendach und des Ingenieurs Reichel von der Landespolizeiinspektion im Handelskammerbezirk Schopfheim eine Informationsreise, mit dem Ziele, das Geschäftsleben der Industrie am Oberrhein und dem Westfalen kennen zu lernen. Zu diesem Zwecke wurde in Bredach, Rheinfelden, Röhlen, Brombach, Schopfheim, Hausen, Södingen, Rhina und Waldsloh eine Anzahl von Betriebsbetriebe, Gemischen Werken und Saugfabriken besucht. Bei den Unterredungen mit den leitenden Persönlichkeiten der Industrie handelte es sich, wie die „Karlsruher Zeitung“ mitteilt, im wesentlichen über die Lage der Kohlenverjorgung und der Kohlenverjorgung, über welche in Industrie und Arbeiterkreise lebhaft Klagen zu hören haben.

Im Hand der gewonnenen Eindrücke will das Ministerium versuchen, bei den Reichsbehörden die berechtigten Klagen der badischen Industrie vorzubringen, damit die letztere die ihr gebührende Berücksichtigung findet. Dies geschieht nicht zuletzt auch um Wohle der Arbeiterschaft in Baden, welcher es auch nicht gleichgültig sein kann, ob die einheimische Industrie infolge Kohlenmangel und Transportverjochigkeiten zum Erliegen kommt.

**Das Deutschtum im Auslande.**

**Vom deutsch-beharabischen Kongreß.**

D.A.I. In Tarantino, der Hauptstadt Beharabiens, trat am 30. Juli der deutsch-beharabischen Kongreß zu seiner Tagung zusammen. Es wurde über die Ausgestaltung der deutsch-österreichischen Organisation, über den Ausbau der wirtschaftlichen Genossenschaften sowie über die Ausbringung der Geldmittel verhandelt. Kirchen und Schul-, sowie Wohn- und Vertretungsfragen standen zur Besprechung. Eine Reihe von siebenbürgischen Gästen, an ihrer Spitze der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei von Großrumänien, Dr. Rudolf Brandt, nahmen an der Veranstaltung teil. Es fand eine rege Aussprache über alle Punkte statt. Beschlossen wurde die Schaffung einer festen Organisation unter dem Titel „Das deutsche Volk Beharabiens“, deren Programm genehmigt wurde und deren grundsätzlicher Anschluß an den Verband aller Deutschen Großrumänien beschlossen wurde. Zur Regelung der wirtschaftlich-genossenschaftlichen Fragen wurde ein besonderes Komitee bestellt. Es wurde einstimmig beschlossen, daß alle deutschen Schulen Beharabiens der evangelisch-lutherischen Landeskirche übergeben werden sollten, die Gemeindefragen wurden aufgeführt, eine Selbstbestimmung für die deutsche Volkorganisation durchzuführen, das Komitee wurde ermächtigt, für Präsidium selbst zu wählen. Der Kongreß war dem „Ausland-Deutschen“ zufolge von starker Einmütigkeit und festem Willen getragen, Deutschtum und deutsche Kultur zu erhalten.

**Letzte Meldungen.**

Paris, 20. Septbr. (W. S.) Wie die Blätter aus Marzelle melden, haben die Vertreter der Pariserer Syndikatsämter in ihrer gestrigen Beratung beschlossen, den Anschlag an die 111. Internationale abzulehnen.







